



AfD-Fraktion lehnt SPD-Antrag zum Glyphosat-Ausstieg ab (TOP 12):

„Den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben“

Kiel, 16. November 2017 **Doris von Sayn-Wittgenstein, umwelt- und agrarpolitische Sprecherin der AfD im Kieler Landtag, lehnt den Antrag der SPD, aus dem Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat in Schleswig-Holstein verbindlich auszusteigen, für ihre Fraktion ab. In ihrer Begründung führt sie dazu aus:**

„Der SPD-Antrag ist Ausweis einer realitätsfernen und bürgerfeindlichen Politik, die bei ihrer Umsetzung unsere Landwirte schädigen und unsere Bürger über gesteigerte Nahrungsmittelpreise belasten würde. Die AfD kann ihm deshalb nicht zustimmen.

Lassen Sie uns die Fakten betrachten:

1. Glyphosat ist nach internationalen toxikologischen Standards weniger giftig als beispielsweise Kochsalz oder Backpulver.
2. Die Einstufung von Glyphosat als „krebserregend“ ist höchst umstritten, es existieren hier widersprüchliche Studienergebnisse; die jeweiligen Befürworter der Studien werfen sich gegenseitig fehlende Objektivität bei der Erhebung der Ergebnisse vor.

Ohne Glyphosat wären die Landwirte im Übrigen gezwungen, Unkräuter mit anderen Herbiziden oder mit Maschinen zu bekämpfen. Vertretbare Alternativen sind das aus unserer Sicht nicht.

Denn andere Herbizide, wie die etwa im Bio-Landbau eingesetzte Pelargonsäure, gelten ökologisch als riskant, insbesondere für Wasserorganismen, Bienen und Erdwürmer. Schwermetallhaltige Kupferspritzmittel bergen ebenfalls inakzeptable Risiken: unter anderem können sie beim Menschen Leberschäden verursachen, und im Boden Mikroorganismen abtöten.

Mechanische Unkrautbekämpfung wiederum hätte eine verstärkte Bodenerosion zur Folge, was die Bodenfruchtbarkeit langfristig verschlechtern und außerdem zu höheren Produktionskosten führen würde.



Ein Ausstieg aus dem Glyphosat kommt für die AfD daher erst dann in Betracht, wenn echte Alternativen vorliegen, die weder die Landwirte noch die Umwelt unverträglich belasten. Dies gilt für den konventionellen und für den biologischen Anbau gleichermaßen. Ansätze zu entsprechenden Studien soll es ja bereits geben; setzen wir uns dafür ein, dass diese Studien abgeschlossen werden und zu verwertbaren Ergebnissen führen.“

Pressekontakt:

Peter Rohling
Pressesprecher der AfD-Fraktion im Kieler Landtag
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel.: +49-(0)431-988- 1656
Mobil: +49-(0)176-419-692-54
E-Mail: peter.rohling@afd.ltsh.de